

Bezugspreise: Die Halle monatlich für zwei Monate... 1.000,00

Volks-Zeitung

Sechshundertachtzigster Jahrgang.

Anzeigepreise: Die gespaltene 32 mm breite Millimeterzeile...

Das Ende der Landesversammlung.

von unserem Berliner Mitarbeiter. Auf der Reden ist man empört. Man findet es unlogisch, daß die Preussische Landesversammlung am letzten Sitzungstage durch Obstruktionsmittel dauernd beschlußunfähig gemacht worden ist...

Worüber beklagt sich die Rechte? Die Obstruktion, mit der sie damals ein Beispiel gab, richtete sich ja wohl nicht allein gegen das Dominanzgesetz als solches, sondern sollte unbedingt doch die Zeit der Landesversammlung ablaufen lassen, und daß die Aufgaben dieses angeblich den Wählerwillen längst nicht mehr ausdrückenden Parlaments von einer neuen Volksvertretung noch früh genug, zudem viel besser gelöst werden könnten...

Für die Landesversammlung kann man die Unhaltbarkeit geltend machen. Sie war der Versuch, nicht eines mitgeordneten Reiches, sondern des von außen her wirkenden Widerpruchs, der das Verhalten der Reichsregierung verurteilt. Die Idee der Reichsvertretung war ausgeschöpft, eine von den Parteien nur geduldeten Minderheit regiert seitdem und ist jetzt, natürlich, in einem gewissen Gegensatz zu Preußen. Es ist mindestens nicht bewiesen, daß die Preussische Landesversammlung ihre Aufgabe nicht besser hätte erfüllen können, wenn im Reich die alte Mehrheit in hinreichender Stärke zurückgekehrt wäre...

Denen hier jetzt mehr oder als zu entscheiden, ob in Preußen so wie im Reich oder im Reich wie bisher in Preußen regiert werden soll: sie werden Antwort auf die Schwelgereize geben müssen: Was Preußen ist?

Republik und Monarchie.

(Aus der vom Monatschrift „Die Deutsche Nation“.) Mit einem Gefühl unglücklicher Bitterkeit sieht der Deutsche im Ausland Telegramme, Briefe, Parlamentsberichte fremder Zeitungen über das deutsche Gemälde um Monarchie und Republik. Ist nichts anderes zu tun und zu tun? Das Ausland, das politischer denkt, schüttelt den Kopf. Mit diesen Deutschen ist politisch nicht anzufangen. Während man das Demobomben und Leibe gegeben und die letzte Auflage aus der Hand genommen wird, streiten sie sich um die Verzögerung ihrer jener Staatsform. In neuer Form — der einzige Weg, der den deutschen Schicksale...

Den Sozialisten ist es gesagt, Abscheu gegen den Staat und die Hofenpöcker sind die schärfste Verurteilung für die Republik. Da sie sie Propaganda ist eine gute, wahrhaftig heilige Pflicht, die zu treiben, wäre in Preußen Gegenstand genug. Aber der Weltlauf der Führer um die Kunst der Waffen geht vor. Die Rechte treibt's nicht, besser. Wir können die Führer nicht für so dumme halten, daß sie nicht wußten, daß die Reichsvertretung der Monarchie heute nicht nur den vorübergehenden, sondern auch die Berechtigung des Reichs und seiner naturrechtlichen Einheit bezieht. Sie haben keinen Kar-

diateten. Der Süden akzeptiert keinen Hofenpöcker, der Norden keinen Wirtelsbacher. Wer das leugnet, lebt auf dem Konde. Sie haben auch keinen Verfassungsplan, nicht einmal Gedanken zur Lösung der deutschen Frage. Wieder das alte? Aber so tief gelähmt hat doch wohl keiner, daß er die ungeschunden sächlichen Verhörungen nicht gemerkt oder für möglich gehalten hätte, sie auf dem Paragrafenwege durchzuführen. Wenn sie einen funktionierenden, politisch durchdachten Plan haben, heraus damit! Wenn heute öffentlich würde, daß die Republik die Einheit des Reiches jenseitig, die Monarchie sie aber sicher, dann kann wohl mit Recht von jedem guten Deutschen verlangt werden, daß er Monarchist sei. Nun die Dinge aber umgekehrt liegen? Kann da nicht auch von jedem nationalen Deutschen verlangt werden, daß er die Republik mindestens als nationales Notwendigkeit anerkenne? Kann da nicht jedem Propagandisten der Monarchie, zumal wenn er einen Weg ihrer Einführung nicht anzudeuten vermag, den es notwendig werden sollte nicht Politik, sondern eine völlig leere und den nationalen Interessen widersprechende Agitation? Was sagen j. B. Sie dazu, Herr Helfferich? Wir dürft doch einigen Sinn für die nationalen und staatlichen Notwendigkeiten bei Ihnen voraussetzen; fühlen Sie sich wirklich wohl in dieser Agitation ohne Sinn und Ziel?

Das Ziel des deutschen Volkes soll die Wiederherstellung der Monarchie sein? Nein! Das Ziel ist das eine Reich der Deutschen und die Befreiung von der verfallenen Reichsregierung.

Die Notwendigkeit der Revision der Friedensverträge.

Seitdem der demokratische Abg. Dr. Dernburg am 5. November v. J. im Reichstag seine bedeutungsvolle, aufsehenerregende Rede über die Notwendigkeit der Revision des Friedensvertrages gehalten hat, mehren sich erfreulich die Stimmen, die die gleiche Notwendigkeit vorbreiten. Es ist richtig, zumal wenn man die vorerwähnte Rede in der besonders für und überzeugend geschriebenen Schrift von Dr. Henry Behagen und Dr. Werner Gernert (Lausitz und Friedensvertrag, Verlag Meiner, Leipzig). Aus dem Schlußkapitel dieser Schrift, der man allermeist Verbreitung wünschen muß, lesen wir einige beherzigenswerte Sätze. Der Friedensvertrag wird in Deutschland und noch immer zu sehr genossen. Man denkt, ein Weltfrieden wird nicht zugrunde gehen, und vergißt den Unterangabe furchtbar hochgehender und mächtiger Völker, z. B. den Unterangabe des alten Ägyptens und Vorderasiens, den Unterangabe des fastiglichen Reiches und des römischen Weltreiches, zumal wenn in aller Überduldung der eigenen Kräfte, das deutsche Volk, das gegen eine Welt von Feinden wie einhundert Jahre lang widerstand, der Krieg vollbracht habe, dieses Volk werde auch trotz des Vertrages von Versailles nicht zugrunde gehen. Dagegen sagen wir: gerade wegen der Überdehnung unserer Kräfte durch den Krieg und wegen der daraus folgenden Geldlosigkeit des Einzelnen gegenüber der Not und dem Schicksal des Vorgesetzten, gerade deshalb ist die Gefahr des Unteranges so groß. Vorausgesetzt die Abwehr dieser Gefahr ist, daß unser Volk sich freimacht von gefühlsmäßigem Diktatorismus und dumpfen Pessimismus, und daß es seine weltliche Lage zu erkennen sucht, in der ein höherer, annehmender Kaufmann. Die's Erkenntnis soll unsere Schrift werden.

Die große französische Verlegenheit.

In Frankreich ist man noch immer auf der Suche nach einem Ministerpräsidenten. Der Mann, der am ehesten ein Kabinett zustande bringen würde, der Kammerpräsident Raoul Peret, scheint sehr wenig Lust zu haben, sich an der gegenwärtigen heißen Temperatur die Mügel zu verleiern. Bei der überzogenen Stimmung der Kammer würde wahrscheinlich nur ein Vertrauensvotum zu erzielen sein, wenn der neue Ministerpräsident den berechtigten Ärger gegen Deutschland anstellt. Das würde die Lage im Innern zwar im Augenblick stärken, aber nach außen hin doppelte Verwirrung schaffen. Für Deutschland ist die Grenze der französischen Gewaltpolitik eigentlich schon überschritten, in England ist man der französischen Vorkriegspolitik längst müde. Die klugen Männer in Paris sehen also ein, aber leider hat der Mut, in der reaktionären Kammer die Diktator der Frage zu brechen. Die französische Verlegenheit gipfelt letzten Endes in der Frage, soll man den Weg einer vernünftigen Verständigung beschreiten oder die bisherige Gewaltpolitik noch verhängen.

Die Krise in Mecklenburg.

In Mecklenburg-Schwerin ist die Entscheidung über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten bereits gefallen, wenn die beiden Parteien in die Hände der Väter kommen werden. Es ist jedoch notwendig, die große Enttarnung der Nationaldemokratischen Korrespondenz entgegenzutreten, die von einer „demokratischen kommunistischen Aktionsgemeinschaft“ (Lokalteil). Der Justizminister des völkerverhetzlichen Blockpartei hatte sich zu wenig als Vorgesetzter des Rechts erwiesen, daß die Demokratien gemungen waren, ihm ihr Vertrauen zu entziehen. Die Demokraten haben in Mecklenburg gegenüber dem Ministerium Dr. Reinde-Bloch eine Duldung geübt, die bis an die Grenze des Zulässigen gegangen ist. Wenn sich jetzt das Ministerium mit dem unmöglichen Justizminister fortwährend erkläre, so kann man wahrscheinlich von den Demokraten nicht verlangen, daß sie nun die eigene Überzeugung zum Opfer bringen sollen, lediglich um es zu vermeiden, einmal mit der Kommunisten zusammenzutreffen. Wenn das

eine „Agitationsgemeinschaft“ ist, dann müßte sich ja die Deutsche Volkspartei nachfragen lassen, daß sie feinerzeit in der Nationalversammlung beinahe grundmäßig mit den Gleichherren in einer solchen Gemeinschaft gelebt hat. Sie hat mit ihnen die Verfassung abgelehnt, sie widerspricht mit ihnen der sofortigen Verabschiedung des Gesetzes über die Reichswehr und sie hat mit ihnen den Etat grundmäßig abgelehnt. Man sieht, wozu man mit Vorkürzen kommt, wenn man alles unter dem agitatorischen Gesichtswinkel betrachtet, wie es die „Nationalistische Korrespondenz“ tut.

Monarchie auch für die einzelnen Länder.

Auf dem deutschen nationalen Landesparteitag von Magdeburg-Anhalt hat auch der deutschnationale Abg. Prof. Hoelzig gesprochen und dort gesagt: Eine der Hauptforderungen der deutschnationalen Volkspartei sei die des Staatspräsidenten und einer berufständigen Kammer. Ganz selbstverständlich pflege die Partei den Kaisergedanken, die monarchistische Staatsform für die einzelnen Staaten und für das Reich. Monarchie also auch für die einzelnen Länder. Damit erklären sich die deutschnationalen gegen die Reichsregierung.

Gothein aus Oberschlesien ausgewiesen!

In Ergänzung der Meldung in unserer heutigen Morgenausgabe erfahren wir noch: Der demokratische Abg. Reichsminister a. D. Dr. Gothein wollte in Oberschlesien eine Anzahl Vorträge über das Thema „Deutsche technische und soziale Kultur“ halten. Der erste Vortrag sollte in Katowitz stattfinden. Er wurde von dem Adjunkten im Automobil abgeholt. Der Kommandierende eröffnete ihm dann, daß alle seine Vorträge durch die Interalliierte Kommission verboten seien, er selbst aus Oberschlesien ausgewiesen werde und es mit dem nächsten Zuge zu verlassen habe. Auf seine Frage, ob er nicht wenigstens den Druck benutzen könne, wurde ihm auch das abgelehnt und er mußte im Personenzug abreisen. Das Verbot der Vorträge und die Ausweisung erfolgte, ehe Gothein überhaupt einmal gesprochen hatte. Wie schädel muß es um die Ausschlichtung der von den Franzosen geführten Polen stehen, wenn ein Vortrag Gotheins, von dem auch der Interalliierten Kommission bekannt sein dürfte, aber er nicht nur ein Sachverständiger, sondern ein äußerst sachlicher Redner ist.

Differenzen in der Asa.

Zu der Mitteilung des Deutschen Verlemerverbandes aus Düsseldorf teilt der Führer der Asa, Herr Buschhüter, der Dema mit, daß die Annahme des Deutschen Verlemerverbandes zum Ziel unzureichend sei. Der Hauptvorstand des Asa-Bundes, in dem Angehörige verschiedener politischer Parteien durchaus harmonisch zusammenarbeiten hat niemals die Anwendung ungesetzlicher Machtmittel im Kampfe um die Sozialisierung des Bergbaus vertreten. Ebenso kann keine Rede davon sein, daß sich der Asa-Bund in politisch interalliierten Fahrwasser begibt. Der Asa-Bund und insbesondere auch seine Vorstandsmitglieder werden im Gegenteil von kommunalistischer Seite anders ihrer legalen gemeinschaftlichen Haltung drucken, aufs Beste bestimmt. Der Hauptzeitpunkt zwischen dem Vorstand des Deutschen Verlemerverbandes und dem Asa-Bundes ist die Zugehörigkeit des Leitenden zum Interalliierten Gewerkschaftsbund in Amsterdam, in dem der Asa-Bund die Genossenschaft der freigebergesellschaftlichen Arbeiterbewegung der Welt erblickt. Im übrigen hat der Asa-Bund den Wünschen der Mitglieder des Verlemerverbandes folgen nunmehr eine Verständigungsverhandlung in Aussicht genommen und zu diesem Zweck eine Vertreterdelegation zum 22. Januar zusammenberufen.

Italien gegen Frankreichs Unverhältnlichkeit.

General Roberto Bencivengo, der frühere Chef der italienischen Militärmission in Berlin, der wegen seines jüngsten Eintretens für Deutschland im Berliner „Tempo“ heftig angegriffen wurde, veröffentlicht im römischen „Tempo“ eine scharfe Erklärung. Deutschland habe, ehe es unterzeichnete, nachgefragt, ob der Berliner Vertrag unauflöslich ist. Frankreich handle also nur logisch, wenn es den niedrigeren Vertrag hienach so lösen würde, ehe er aus seiner Verbindung ermache. Diese offene Beilegung besäße man nun in Frankreich als Verleumdung. Der „Popolo Romano“ sagt, durch etwas Entgegenkommen an dem Asa-Bund, die Freizügigkeit der Arbeiter in eine Frage werde ein Land eine neue Welt schaffen. Das Sekretvertrages und seiner Orientpolitik erwidert. Ein Zeitartikel des „Tempo“ verurteilt die französische Politik in Deutschland, die eine Beilegung der Streitigkeiten zwischen dem Vorstand des Deutschen Verlemerverbandes und dem Asa-Bundes ist die Zugehörigkeit des Leitenden zum Interalliierten Gewerkschaftsbund in Amsterdam, in dem der Asa-Bund die Genossenschaft der freigebergesellschaftlichen Arbeiterbewegung der Welt erblickt. Im übrigen hat der Asa-Bund den Wünschen der Mitglieder des Verlemerverbandes folgen nunmehr eine Verständigungsverhandlung in Aussicht genommen und zu diesem Zweck eine Vertreterdelegation zum 22. Januar zusammenberufen.

